

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Hauptredaktion: Dresden
Telefon: 2241
Kurs für Adressänderung: 20011
Schlüsselnummer: 22411
Dresden-H. 2, Waisenstraße 28/29

Bezugspreis für den Monat Oktober 1923 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 M.
Bezugspreis für den Monat Oktober 1923 ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Wiederholungspreis 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet:
die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellen-
angebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Zeile 300 Pf., außer-
halb 250 Pf. Lieferungsgebühr 20 Pf. Auswärtige Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Beyer & Reichardt,
Dresden, Volkmann-Platz 10/11
Kaufhaus mit Druck- und Verlagsabteilung
(Dresden, Markt) 10/11, Unterplanke
Schlüsselnummer 22411

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 18777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Erstklassige
Reise-Koffer
Schrank-Koffer
sämmtliche
Reiseartikel
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

Café Hulfert Prager Straße
Ecke Sidonienstraße
Konditorei Pilsner Urquell
Im 1. Stock täglich
nachm. und abends **Künstler-Konzert**

Die Länderkonferenz unterbrochen

Bayern gegen die Reformvorschläge des Reiches

Neue Verhandlungen im Gange
Berlin, 23. Okt. Auf Antrag Bayerns ist die Konferenz des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform bis morgen vormittag vertagt worden, weil Bayern in einer der Konferenz vorgelegten Entschließung der Reichsregierung keine geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen sieht.

Die bayerische Auffassung geht nun dahin, daß die bereits in unserer Abendausgabe veröffentlichte Entschließung der Reichsregierung

Verfassungs- und Verwaltungsreform die Delegationen der einzelnen Länder zu Sonderbesprechungen zusammen. Wie die T.-M. erfährt, geht das Ergebnis dieser Besprechungen dahin, daß in der Mitwirkung Anträge von Bayern und anderen Ländern eingebracht werden sollen, die eine weitere Teilnahme der süddeutschen Länder an den Verhandlungen ermöglichen sollen. Bei einer Ablehnung dieser Anträge würde mit einem Abbruch der Verhandlungen des Ausschusses zu rechnen sein. Bayern hat somit, wie es scheint, mit seiner Stellungnahme gegen die Anträge der Reichsregierung bei den süddeutschen und den mitteldeutschen Ländern Anklang gefunden.

Sur Psychologie des Volksbegehrens

Die Weimarer Verfassung hat Volksbegehren und Volksentscheid als Krone ihrer demokratischen Schöpfung eingeführt. Sinn und Zweck war, dem deutschen Volke als dem Souverän des neuen Staates die Möglichkeit zum Eingreifen in die Gesetzgebungsmaschine zu geben, wenn der Reichstag als kein Delegierter und Wortführer verlag. Nun haben wir in den zehn Jahren der Republik bereits zwei Volksbegehren gehabt, und ein drittes ist im Anmarsch. Nach den gemachten Erfahrungen läßt sich feststellen, daß die beiden von links her inszenierten Versuche wegen ihrer inneren Unwahrscheinlichkeit die Einrichtung mißbraucht haben. Der Feldzug für Fürstenernteung gestaltete sich zu einer großen Aufhebung niedriger Masseninstinkte und hatte, obwohl keine Erfolgsaussicht bestand, mit dieser Wirkung im Sinne der Urheber seinen eigentlichen Zweck, die Radikalisierung weiter, nicht parteigebundener Kreise erfüllt. Das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer war noch viel eindeutiger ein ganz einseitiges kommunistisches Parteimander, das mit seinen verlogenen Argumenten nur darauf angelegt war, aus dem sozialdemokratischen Block Bruchstücke herauszusprengen. Beiden Unternehmungen gemeinsam war die nicht verfassungsmäßige Absicht, eine politisch günstige Augenblickskonjunktur zum Vorteil gewisser Parteien auszuschlagen. Aus einer ultima ratio populii wurden Volksbegehre und Volksentscheid zu einer Waffe der Parteitaktik degradiert.

eine neue Situation geschaffen haben, zu der die Delegationen der Länder erst Stellung nehmen müssen. Wie verlautet, betrachtet der bayerische Ministerpräsident die in der Entschließung niedergelegten Richtlinien nicht als eine brauchbare Grundlage für die Weiterführung einer gedeihlichen Arbeit des Ausschusses. Die Entschließung hat in den Kreisen der bayerischen Delegation einige Überraschungen hervorgerufen, zumal sie einstimmig gefaßt ist, also auch die Zustimmung des Reichspostministers Schädel gefunden hat, der der bayerischen Volkspartei angehört. Gestern Abend hat die letzte bayerische Delegationssprechung stattgefunden. An ihr hat auch Reichspostminister Schädel teilgenommen; er ist aber zu dieser Zeit über die Entschließung noch nicht unterrichtet gewesen. Das ist an sich natürlich, denn die Entschließung ist erst in der Kabinettsitzung gefaßt worden, die heute vormittag um 9 Uhr begann. Wie von bayerischer Seite betont wird, ist eine Verständigung zwischen dem Reichspostminister und dem bayerischen Ministerpräsidenten nicht mehr möglich gewesen.

Auf bayerischer Seite werden besonders die Teile der Entschließung als unangenehm angesehen, die eine stärkere Betonung der Reichsbestimmungen gegenüber den Aufgaben der Länderregierungen anstreben.

Im übrigen wird in Konferenzkreisen darauf hingewiesen, daß bereits gestern von Landesvertretern mehrfach der Wunsch geäußert worden ist, daß doch auch die Reichsregierung ihre Meinung bekanntgeben möchte. Das ist nun in den oben mitgeteilten Richtlinien geschehen, die der Reichsminister im Laufe der heutigen Vormittagsdebatte der Konferenz vorgelesen hat.

Im Laufe des Dienstagvormittags traten zur Beratung der durch den Antrag der Reichsregierung neu geschaffenen Lage in den Verhandlungen des Ausschusses für

Ausführlich nimmt die „Bayerische volksparteiliche Korrespondenz“ Stellung, die u. a. schreibt: Man hat den Eindruck, als ob die Reichsregierung nicht den Mut hätte, das Kind beim Namen zu nennen. Deshalb ist äußerster Vorzicht geboten, und es ist verständlich, daß der bayerische Ministerpräsident nach Bekanntgabe dieser Vorschläge die Vertagung der Konferenz bis auf den letzten Tag beantragt hat. Föderalisten haben bei diesem Dokument fälschlich nicht Pate gestanden, — vielmehr hat man den Eindruck, daß jene Kräfte im Reichskabinett den Ausschlag gegeben haben, die aus dem logenanneten dezentralisierten Einheitsstaat hinaus wollen, wie dies der gegenwärtige Reichsjustizminister Dr. Koch-Weser in seinem Vorschlag entwickelt hat. Der Kernpunkt der Erklärung ist die Stellungnahme zur preussischen Frage. Man will den Dualismus zwischen Reich und Preußen beseitigen. Welche Regierung und welche Parlamente sollen verschwinden? Natürlich die preussischen Staatsorgane. Man käme dann auf ein dezentralisiertes Preußen hinaus, dessen einzelne Teile dem Reich als Selbstverwaltungsorgane unterstehen. An diese provinziellen Selbstverwaltungsorgane sollen die ankerpreussischen Länder angepaßt werden. Will man darauf hinaus? Das sind die Hauptfragen, die die Länder, die wirklich Länder im Sinne der Reichsverfassung bleiben wollen, zu stellen haben. Entscheidend bleibt für Bayern die Grundfrage, ob die beabsichtigte Reichsreform die bundesstaatliche Struktur des Deutschen Reiches wahren will; die den Ländern noch verbliebenen Hoheitsrechte, vor allem auf dem Gebiete der Justiz, der inneren Verwaltung und der Kultur, sind und müssen unantastbar Rechte bleiben. Alle Vorschläge, die von diesem Grundsatz abweichen, sind für Bayern und für alle Länder, die ihre Eigenstaatlichkeit wahren wollen, nicht diskutabel.

Kein Ergebnis der Brüsseler Besprechungen

Parler Gilbert nach Berlin abgereist
Brüssel, 23. Okt. Parler Gilbert traf heute in Brüssel ein. Ministerpräsident Jaspars gab ein Frühstück, an dem der Finanzminister, der Minister des Auswärtigen und der Kabinettschef des Außenministeriums teilnahmen. Gilbert gab den Regierungsmittagessen Kenntnis von seinen Unterredungen in London und Paris. Die belgischen Minister teilten ihm mit, ihre Regierung sei fest entschlossen, die im Dawesplan Belgien zugeordnete Lage ausrecht zu erhalten, falls ein Sachverständigenausschuß zur Revision des Planes ernannt werden sollte. Belgien könne nicht auf die im Dawesplan vorgesehenen Jahreszahlungen sowie auf die Forderung der Rückzahlung der Wardebeträge durch Deutschland verzichten, die es selbst zu zahlen gezwungen worden sei.

Parler Gilbert, der nach Abschluß seiner Verhandlungen vom König empfangen wurde, hat am Abend, um 7.00 Uhr, die Rückreise nach Berlin angetreten. Bezüglich des Ergebnisses der Brüsseler Besprechungen Parler Gilberts herrscht in hiesigen Kreisen der Eindruck vor, daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind und infolgedessen wohl mit einem Zusammenritt der Sachverständigenkonferenz in nächster Zeit noch nicht zu rechnen ist.

Deutschland keinerlei Anlaß bestände, die bekannte These Poincarés (Wiedererstattung der amerikanischen Schulden plus Wiederaufbaukosten) zur Diskussion setzen zu lassen.

Amerika bewahrt seine Reserve
Washington, 23. Okt. Zu den Reparationsbesprechungen in Paris und Brüssel wird im Weißen Hause erklärt, der Präsident habe bisher keine offizielle Mitteilung über diese Besprechungen erhalten und glaube, daß jedes offizielle Eingreifen der Vereinigten Staaten in die Diskussion im gegenwärtigen Augenblick wenig förderlich für einen befriedigenden Fortschritt auf dem Wege der Lösung des Reparationsproblems sein würde. Im Schachmanie wurde erklärt, Mellon beürtheile einen Entschluß Europas, die Frage der alliierten Schulden nicht mit der Festlegung der Gesamtschuld zu verbinden. (W.T.B.)

Der belgische Kriegsminister schwächt über die „deutsche Gefahr“
Brüssel, 23. Okt. Im Verlaufe der Senatsdebatte über die Militärausgaben erklärte Kriegsminister de Broqueville u. a., die Ausgaben für die Landesverteidigung seien keinesfalls übertrieben.

Man müsse sich vor einer überraschenden Aktion und einem Einbruch in acht nehmen, die besonders seitens der deutschen Truppen immer zu befürchten seien, obwohl sie jetzt etwas mehr Zeit erfordern würden. Deshalb sei der sechsmonatige Militärdienst mannehrbar, denn in diesem Falle würden die Waffenplätze an der Magre die Hälfte des Jahres offen bleiben. Selbst der zehnmonatige Dienst würde große Gefahren für das Land in sich bergen, da dann zwei Monate lang keine Truppen in den genannten Plätzen liegen würden. In Truppen, die nur sechs Monate gedient haben würden, könne man kein Vertrauen setzen.

Darum ist es, ganz abgesehen von den Erfolgsaussichten, ein begriffswertiger Fortschritt, wenn der Stahlhelm jetzt das Ding vom entgegengesetzten Ende anpaßt und mit seinem angefündigten Volksbegehren auf Verfassungsänderung unter dem Motto: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ eine Bewegung einleitet, die wirklich in ihren Motiven und Zielen dem Mittel gerecht wird, dessen sie sich bedient. Hier liegt tatsächlich das Schicksal einer berechtigten Volksbefragung außerhalb der regelmäßigen Wahlen vor. Denn das Kapitel: „Schaden des Parlamentarismus“ ist vielleicht das meistbesprochene in Deutschland; auch die Parteien bis weit in die Mitte hinein sind überzeugt von der Notwendigkeit einer Reform, die die Auswüchse der Parlamentsherrschaft so beseitigt, wie der Gärtner allzu üppig wuchernde Pflanzen. Aber mit dieser Erkenntnis ist es auch aus. Vom Neben findet jeder der Parteien den Abstrich zur rettenden Tat. Die einzelnen Fraktionen sind ja schließlich Ruhmserinnerer des Systems, und es ist offenbar zu viel von ihnen verlangt, daß sie den Ast ablagen, auf dem sie sitzen. Nur ein Anstoß von außen gibt die Möglichkeit, den Stein ins Rollen zu bringen und das auch im Parlamentarismus herrschende Gesetz der Trägheit zu überwinden. Der Stahlhelm hat sich zur lähmen Tat entschlossen und bemüht sich eine Parole zu formulieren, die wirklich des Einsatzes der Person für alle Untergesetzten wert ist. Der Kampf soll nicht um Stimmenfang für diese oder jene Partei gehen, sondern um die Schaffung neuer Grundlagen für das deutsche Staatsleben, die nach den Lehren der Vergangenheit mit parlamentarischen Mitteln unerreichbar bleiben. Ein richtiges Ziel und deshalb ein gutes Volksbegehren.

Wenn wir so Tat und Absicht aus vollem Herzen begrüßen, so wird es sicher auch verständlich, daß es keine Niesmacherei ist, wenn wir im Hinblick auf den kommunistischen Mißerfolg auf die Mängel hinweisen, die der Methode des Volksbegehrens anhaften und die seine Durchführung bis zum siegreichen Volksentscheid so schwierig gestalten. Die nutzlosen und kostspieligen Anstrengungen der Kommunisten haben wenigstens das eine Gute, daß man daraus Lehren ziehen und Fehler für die Zukunft vermeiden kann. Ueberraschend ist jedenfalls die Größe der Niederlage. Bei der Empörung, die in der ganzen Sozialdemokratischen Partei gegen den Panzerkreuzerbeschuß ihrer Minister ausluderte, wurden die Erfolgsaussichten wenigstens für das Volksbegehren allgemein günstig beurteilt. Wenn deshalb die Kommunistische Partei kaum die Hälfte ihrer Stimmen vom 20. Mai in den Eintragungslisten vereinigen konnte, so müssen für diesen eklatanten Mißerfolg tiefere Gründe vorliegen, nicht nur solche, die mit der Panzerkreuzerfrage zusammenhängen, sondern auch andere, die durch die Verfahrensart beim Volksbegehren bestimmt sind. Das Hauptmerkmal bleibt freilich, daß der sozialdemokratische Block unter einer so starken Belastungsprobe, wie es die pazifistische Forderung zum allgemeinen Kriegsschiffverbot war, fest zusammengehalten hat. Die Parteidisziplin hat über allgemeine Stimmungen und Vertimmungen gestiegt. Auf der anderen Seite ergibt sich die Lehre, daß die Kommunistische Partei ihre Leute noch nicht so bei der Stange hat, wie die

Berliner Ansichten
Berlin, 23. Oktober. Die Presse beschäftigt sich mit den Nachrichten über die Reise des Reparationsagenten nach London und Paris und mit den zahlreichen Vermutungen, die dahin gehen, daß die Verwirklichung der Genfer Vereinbarung über die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Regelung der Reparationsfragen in die Nähe gerückt sei. Man nimmt nun in Berlin an, daß mit der Einsetzung dieses Sachverständigenausschusses möglicherweise im November, vermutlich aber noch vor Weihnachten, zu rechnen sei. Es wird darauf hingewiesen, daß in